Handelsbündnisses, ferner betreffend das Verhältnis zur österreichisch-ungarischen Bank, endlich betreffend die Beitragsleistung zum Aufwande für die gemeinsamen Angelegenheiten zurück.

Dringlichkeitsanträge sind eingebracht worden von den Abgeordneten: Stapinski und Genossen betreffend die Gewährung einer Staatsaushilfe an die von Hagelschlag heimgesuchte Gemeinde Lodyna im Bezirke Lisko in Galizien; Resel und Genossen betreffend die Aufbesserung der Bezüge der provisorischen Staatsdiener; Prochazka und Genossen behufs Regelung der Dienstes- und Entlohnungsverhältnisse der österreichischen Eisenbahnbediensteten.

Die Abg. Dr. Funke und Genossen stellen einen Antrag auf Erhebung der Ministeranklage gegen das Gesammtministerium wegen Verletzung des Staatsgrundgesetzes und der Verfassung durch Erlassung der kaiserlichen Verordnungen vom 30. December 1898 betreffend das Budgetprovisorium, die Aufrechterhaltung des Zoll- und Handelsbündnisses mit den Ländern der ungarischen Krone und der Bestimmungen über die Verwendung der Zolleinnahmen und des Verhältnisses zur österreichisch-ungarischen Bank. Die Abg. Pospischil und Genossen stellen einen Antrag auf Einführung von Erleichterungen hinsichtlich der Militärdienstpflicht. Die Abg. Dr. Schlicker und Genossen stellen einen Antrag auf Regelung der Bezüge der Staatsbahnbediensteten.

Interpellationen sind eingelaufen u. a. von den Abgeordneten: Dr. Funke und Genossen an den Ministerpräsidenten, den Handelsminister und den Eisenbahnminister wegen der Verordnung vom 31. December 1898, durch welche erklärt wurde, dass nach § 50 des Eisenbahnreglements Druckschriften, denen der Postdebit entzogen ist, auch von der Beförderung mit Eisenbahnen und Dampfschiffen ausgeschlossen seien; denselben Abgeordneten an den Ministerpräsidenten wegen neuerlicher wiederholter Angriffe auf deutsche Studenten in Prag und wegen des Vorgehens der Behörden gegenüber diesen Vorfällen; Dobernig und Genossen an den Handelsminister in Betreff der durch die Strafhausarbeiten den Kleingewerbetreibenden gemachten Concurrenz.

Es gelangen sodann die eingelaufenen Petitionen zur Verlesung, zunächst eine vom Abg. Krumbholz überreichte Petition des landwirtschaftlichen Vereines in Unhoscht gegen die Ausgleichsvorlagen. Abg Kaiser: Da es für alle Parteien, insbesondere auch für die Oeffentlichkeit interessant sein dürfte, zu wissen, wie die czechische Bevölkerung über den geplanten Ausgleich mit Ungarn denkt, so beantrage ich, die vorliegende, aus einem czechischen Wahlbezirke stammende Petition bezüglich des Ausgleiches in das stenographische Protokoll aufzunehmen, und bitte darüber die namentliche Abstimmung einzuleiten. (Heil-Rufe links. Gelächter rechts.) Der Antrag auf namentliche Abstimmung wurde hinreichend unterstützt, worauf dieselbe vorgenommen wurde. Nach einer weiteren namentlichen Abstimmung über eine Petition erklärte Abg. Dr. Lemisch (zur Abstimmung): Bei der Verlesung der Namensliste ist der Name des Collegen Dr. Grobelski nicht mitverlesen worden. Die Abstimmung erscheint daher ungiltig. Ich beantrage deshalb, das Haus beschließe, dass diese Abstimmung für ungiltig erklärt werde, und da ich eine Wahlbeeinflussung fürchte, beantrage ich die geheime Abstimmung mittelst Stimmzettel. Vicepräsident Dr. Ferjancic: Dieser Antrag ist gegenstandslos, da Herr Dr. Grobelski nicht mehr Mitglied des Hauses ist. (Heiterkeit rechts. Rufe links: Er steht aber in der Liste!) Die Mittheilung der eingelaufenen Petitionen wird sodann mit einer neuerlichen namentlichen Abstimmung fortgesetzt. Abg. Dr. Pommer bemerkte, die früher benützten Abstimmungslisten seien unrichtig. Redner richtete an den Vorsitzenden die Anfrage, wie es komme, dass im Hause verschiedene Abstimmungslisten im Gebrauche seien, und ob er geneigt sei, neue Abstimmungslisten anfertigen, die alten unrichtigen aber zurückziehen zu lassen. Vorsitzender Vicepräsident Dr. Ferjancic erwiderte, dass alle acht Tage neue Abstimmungslisten gedruckt werden. Auch gegenwärtig seien Abstimmungslisten nach dem neuesten Stande im Hause in Vorrath. Abg. Dr. Pommer verlangte, dass über diese Antwort des Vorsitzenden die Debatte eröffnet und über seinen Antrag namentlich abgestimmt werde. Vicepräsident Dr. Ferjancic bemerkte, diesen Antrag nicht zur Abstimmung zuzulassen, weil über eine Antwort des Präsidenten geschäftsordnungsmäßig eine Debatte nicht zulässig sei. (Widerspruch links.)

Hierauf wurde die Verlesung der Petitionen mit einer weiteren namentlichen Abstimmung fortgesetzt. Abg. Dr. Lemisch meinte, die Bemerkung des Herrn Vicepräsidenten, dass immer die neuesten Abstimmungslisten aufgelegt werden, sei nicht richtig. Er beantragte daher, zum Zwecke der Neuauflegung richtiger Abstimmungslisten die Sitzung auf zwei Stunden zu unterbrechen und hierüber namentlich abzustimmen.

Präsident Dr. von Fuchs: Der Antrag kann ja zweifellos gestellt werden, allein in Betreff des Meritums desselben muss ich wirklich sagen, dass ich nicht weiß, was ich von demselben halten soll. In der Abstimmungsliste ist allerdings der Name des Grafen Falkenhayn enthalten, aber in den Abstimmungslisten, welche das Präsidium benützt, ist dieser Name gestrichen. Es ist unmöglich, dass im Laufe von zwei Stunden neue Abstimmungslisten gedruckt werden können. Daher kann ich den Antrag wirklich nicht ernst nehmen. (Lebhafter Widerspruch links.) Ich werde den Antrag übrigens zur Abstimmung bringen. Nach Stellung der Unterstützungsfrage bemerkte der Präsident, dass der Antrag nicht genügend unterstützt sei. (Lebhafter Widerspruch links und Rufe: Auszählen!) Nach neuerlicher Zählung erklärte der Präsident, dass der Antrag genügend unterstützt sei, und es gelangte daher der Antrag auf zweistündige Unterbrechung der Sitzung zur namentlichen Abstimmung. Der Antrag wurde mit 116 gegen 40 Stimmen abgelehnt.

Der Präsident erklärte hierauf zum Schlusse der Sitzung schreiten zu wollen, und beantragte, die nächste Sitzung Donnerstag den 19. ds., 11 Uhr vormittags mit derselben Tagesordnung zu halten. Abg. Kaiser (zur Tagesordnung) beantragte, die Vorlage betreffend das Recruten-Contingent an die letzte Stelle der Tagesordnung zu setzen und die Ministeranklagen so wie die volkswirtschaftlichen Angelegenheiten in die erste Reihe zu stellen. Abg. Dr. Pergelt erklärte, als ihm die Tagesordnung der heutigen Sitzung zugestellt worden sei, habe er sich gefragt, ob es dem Präsidium denn wirklich mit der parlamentarischen Verhandlung Ernst sei. (Hört, hört! links.) Diese Tagesordnung widerspreche dem Gesetze über die Minister-Verantwortlichkeit und der Geschäftsordnung. Er stellte den Antrag, dass auf die nächste Tagesordnung lediglich folgende Punkte gestellt werden: 1. Erste Lesung des Antrages der Abgeordneten Türk, Schönerer, Iro, Hofer, Kittel, Wolf und Genossen auf Versetzung des Justizministers Dr. Edlen von Ruber in den Anklagezustand, 2. Erste Lesung des Antrages der Abgeordneten Schönerer, Hofer, Iro, Kittel, Wolf und Genossen auf Versetzung des Ministerpräsidenten und Leiters des Ministeriums des Innern Grafen Thun, des früheren Handelsministers Dr. Baernreither, des Handelsministers Freiherrn Di Pauli und des Justizministers Dr. Edlen von Ruber in den Anklagezustand. Er empfahl dem Hause im Interesse des Parlamentarismus (Gelächter rechts) die Annahme seines Antrages. (Lebhafter Beifall links.) Abg. Schönerer schloss sich dem Antrage Pergelt an. Abg. Kaiser zog seinen Antrag zugunsten des Antrages Pergelt-Schönerer zurück. Präsident: Ich habe die Tagesordnung aus gutem Grunde in der vorliegenden Form festgesetzt, und zwar zunächst die Wahl-Verificierung, um so zu sagen eine Anstandspflicht des Hauses so bald als möglich zu erfüllen. In Betreff des zweiten Punktes, des Recruten-Contingents, sagt Redner, sei er der Anschauung, dass es sich dabei um eine Staatsnothwendigkeit handle. (Widerspruch links. Rufe: Der Ausgleich mit den Deutschen, die Zurückziehung der Sprachenverordnungen ist die erste Staatsnothwendigkeit! Anhaltender Lärm. Rufe: Sie haben ja den § 14!) Präsident: Es ist mir soeben zugerufen worden, dass das Ministerium das Recruten Contingent im Wege des § 14 erledigen könne. Ich verstehe nicht, wie man sich auf den § 14 berufen kann, wenn man in derselben Sitzung das Ministerium wegen Missbrauches dieses Paragraphen anklagt. (Zustimmung rechts und Lärm links.) Abg. Rieger erinnerte daran, dass dem Press-Ausschusse mehrere Anträge zugewiesen wurden, namentlich der Antrag auf Aufhebung des Zeitungs- und Kalenderstempels, in welcher Richtung der Herr Finanzminister Dr. Kaizl bereits einmal sogar eine Vorlage auf Aufhebung des Zeitungsstempels mit 1. Jänner 1899 eingebracht habe. Redner erwarte, dass der Herr Finanzminister nunmehr diese Vorlage neuerlich einbringen werde. Es handle sich nur darum, einen früheren Beschluss des Hauses zur Ausführung zu bringen. Er beantrage daher, dass auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Bericht des Press-Ausschusses gesetzt werde. (Beifall bei den Socialdemokraten.) Der Präsident erklärte, er könne den Antrag Rieger nicht zur Abstimmung bringen, denn er habe bereits ausgesprochen, dass er zum Schlusse der Sitzung schreite, und es könne daher lediglich über die Tagesordnung der nächsten Sitzung debattiert werden. Hierauf wurde der Antrag Pergelt mit 165 gegen 101 Stimmen abgelehnt. Es verbleibt somit bei der enunciierten Tagesordnung.

Wir haben unseren Lesern diesen ausführlichen Sitzungsbericht deshalb mitgetheilt, obwohl er gar nichts Interessantes enthält, um ihnen Gelegenheit zu geben, sich Kenntnis darüber zu verschaffen, wie in unserem Abgeordnetenhause von Seite eines Theiles der Opposition die Zeit vertändelt wird. In Hinkunft werden wir uns kürzer fassen.

Frankreich und Deutschland.

Ernest Daudet stellt im „Gaulois" fest, dass der Gedanke einer Allianz mit Deutschland täglich Anhänger in Frankreich gewinne, und erzählt, dass jüngst ein Mitglied der französischen Regierung auf die Frage eines ausländischen Staatsmannes über eine Allianz mit Deutschland geantwortet hätte: „Zwischen Deutschland und uns ist es mit der Politik des Schmollens und der üblen Laune vorbei. Ueberall, wo es für Frankreich nützlich sein kann, mit Deutschland Hand in Hand zu gehen, werde ich es ihnen und werde dies mit weit vernehmbarer Stimme sagen. Mit einer effectiven Allianz ist es aber eine andere Sache. Diese setzt eine Bedingung voraus. Welche Bedingung bietet man uns aber?" Daudet fügt hinzu, man versichere, Russland habe es übernommen, diesbezüglich in Berlin anzufragen, nachdem es davon in Kenntnis gesetzt worden sei, dass man in Frankreich gar nicht daran denke, dass die Bedingungen sich auf Afrika beziehen könnten

Local- und Provincial-Chronik.

Innsbruck, 19. Jänner.

*** **Kaiserlicher Dank.** Der Vorstehung des k. k. Landeshauptschießstandes Kaiser Franz Joseph I. in Innsbruck ist nachstehendes Schreiben vom k. k. Statthaltereі Präsidium zugekommen: „Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 21. November 1898 die zur Feier der Vollendung des fünfzigsten Jahres Allerhöchst Ihrer Regierung stattgefundene loyale Kundgebung mit Wohlgefallen zur Allerhöchsten Kenntnis zu nehmen geruht. Merveldt m. p."

*** **Telfs**, 18. Jän. (Unfall.) Im sogenannten Mörderloch brach gestern einem Fuhrmann von Mieming die Sperrkette an einem mit schweren Museln beladenen Wagen; infolge dessen kam der Wagen in raschen Gang, so dass das eine Pferd überfahren und derart beschädigt wurde, dass es bald verendete. Der Fuhrmann wurde vom Wagen auf die Seite geschleudert, ohne wesentlich beschädigt zu werden.

*** **Oberinnthal**, 17. Jän. (Verschiedenes.) Am 26. ds. findet im Gasthause „zum Domanig" in Zirl eine Lehrer und Katechetenconferenz des Bezirkes Telfs statt. Hiebei werden zwei Themata zur Besprechung kommen: 1. die Schule und das praktische Leben (Lehrer Lang von Völs); 2. Charakterbildung in der Volksschule (Hochw. Herr Cooperator Platter von Flaurling). Die Conferenz beginnt um halb 1 Uhr nachmittags. — Im Dorfe Rietz sind wahrscheinlich infolge der feuchten Witterung mehrere Personen an Lungenentzündung erkrankt. Ebendort sind auch in mehreren Häusern bei den Kindern die Rufeln aufgetaucht.

*** **Bozen**, 17. Jän. (Gemeinderathssitzung.) Gestern hat unter dem Vorsitze des Herrn Bürgermeisters Dr. Julius Perathoner eine Sitzung des Gemeinderathes stattgefunden, in welcher Herr Magistratsrath Dr. Ig. Huber über den Voranschlag des öffentlichen Krankenhauses referierte, demzufolge den Ausgaben mit 86.821 fl. Einnahmen mit 80.005 fl. gegenüberstehen. Der Abgang hat durch Ersparnisse und Spenden seine Deckung zu finden. Das Referat wurde genehmigend zur Kenntnis genommen. Den